

# **Darmstädter Erklärung für eine gerechte Rente**

## **Gemeinsame Erklärung des Darmstädter Netzwerks für eine gerechte Rente (Deutscher Gewerkschaftsbund, Sozialverband VdK, Arbeiterwohlfahrt, attac)**

Eine Debatte über die Zukunft der Alterssicherung ist überfällig. Wir brauchen jetzt einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik. Die Rente muss ein einem reichen Land wie Deutschland für ein gutes Leben reichen, so wie es in mehreren Nachbarländern möglich ist (z.B. Österreich oder Skandinavien).

Der Sinkflug des Rentenniveaus muss gestoppt, die gesetzliche Rente als zentrale Säule der Alterssicherung muss gestärkt und das Rentenniveau wieder deutlich angehoben werden.

Altersarmut ist schon heute ein Problem und wird sich in Zukunft erheblich verschärfen, wenn nicht jetzt gegengesteuert wird. Auch die heute Jungen brauchen eine Rente, die vor sozialem Abstieg schützt, den Lebensstandard sichert und ein gutes Leben ermöglicht.

Das Darmstädter Netzwerk für eine gerechte Rente setzt sich für folgende Ziele ein:

- Rücknahme der Kürzungsfaktoren aus der Rentenformel. Das Rentenniveau muss mindestens 50 Prozent betragen
- Dynamisierung der Renten durch Koppelung der Renten an die allgemeine Lohnentwicklung
- Deutliche Aufwertung der Renten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die jahrzehntelang im Niedriglohnsektor für wenig Geld gearbeitet haben oder arbeitslos wurden durch eine Rente nach Mindestentgeltpunkten. Wer lange Jahre wenig verdient, bekäme mehr Rentenpunkte und damit eine deutlich höhere Rente. Das würde insbesondere Frauen und Arbeitnehmer/innen mit niedrigen Löhnen helfen.
- Einführung eines Freibetrages für Grundsicherungsempfänger/innen, damit Rentenerhöhungen gerade bei den Bedürftigsten ankommen, und nicht mit der Grundsicherung verrechnet werden
- Deutliche Verbesserung der Erwerbsminderungsrenten, Erleichterung des Zugangs und bessere finanzielle Ausgestaltung
- Faire Anrechnung von Zeiten der Kindererziehung und der Pflege von Angehörigen
- Keine weitere staatliche Förderung von neuen „Riester“-Verträgen, von der die großen Versicherungskonzerne profitieren. Die staatliche Förderung ist ausschließlich auf die Stärkung der gesetzlichen Rente zu konzentrieren.
- Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der Rentenversicherung durch Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber
- Rücknahme der Erhöhung des Renteneintrittsalters
- Ausbau von guten und vom Arbeitgeber mitfinanzierten Betriebs-, Branchen- und Zusatzrenten
- Schluss mit dem Griff in die Rentenkasse. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie die Mütterrente und die längst überfällige Angleichung der Ostrenten an die Westrenten müssen steuerfinanziert werden
- Wiederherstellung der Ordnung auf dem Arbeitsmarkt: Bekämpfung von Tarifflicht, Ausweitung der Tarifbindung, Durchsetzung des Prinzips „Gleiche Arbeit - Gleiches Geld“, Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen, deutliche Lohnerhöhungen, Dynamisierung des gesetzlichen Mindestlohns
- Perspektivisch: Umbau der Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung unter Einbeziehung von Selbständigen und Beamtinnen und Beamten
- Finanzierung einer starken Solidarrente durch eine gerechte Besteuerung von Spitzeneinkommen, Unternehmergewinnen, großen Vermögen und hohen Erbschaften

**Alle diese Forderungen sind machbar und finanzierbar.**

**Sie müssen eingebettet werden in die grundlegende Forderung:**

**Reichtum umverteilen! Ein gerechtes Land für alle!**